

MILITÄR IST KEINE LÖSUNG, SONDERN DAS PROBLEM.

KEIN WERBEN FÜR'S STERBEN!

**Flashmob gegen den Bundeswehr-Stand auf dem
Mannheimer Maimarkt:**

SA, 04. Mai 2013, 14 Uhr

Haltestelle „Maimarkt“ am Haupteingang

Eintrittskarten werden für TeilnehmerInnen zur Verfügung gestellt.

Wieder einmal will sich die Bundeswehr als normaler Arbeitgeber und unumstrittener Teil der Gesellschaft präsentieren sowie als Möglichkeit zur Schaffung von Frieden und Sicherheit. Dagegen wehren wir uns aus gutem Grund: Denn hier wie andernorts betreibt die Bundeswehr ein Werben für's Sterben. Junge Menschen werden für die wirtschaftlichen Interessen der Nutznießer des Kapitalismus missbraucht und sollen wahlweise im Namen von Menschenrechten oder dem „war on terror“ andere Menschen für den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten umbringen. Dem können und werden wir nicht tatenlos zusehen!

Die Bundeswehr behauptet, jungen Menschen eine Perspektive geben zu können und lockt mit Ausbildung, Führerschein und bezahltem Studium. Sie verharmlost dabei, dass mensch sich hierfür mindestens zwei Jahre zum Kriegsdienst verpflichten muss. Das bedeutet, zwei Jahre auf Befehl Mord und Totschlag zu unterstützen oder selbst zu praktizieren sowie sich in Todesgefahr zu begeben. Neben den SoldatInnen in Uniform wenden wir uns also auch gegen die vermeintlich „zivilen“ Berufsfelder, die nicht unmittelbar an Tötungen beteiligt sind, aber dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen zum Töten gegeben sind.

Bundeswehr und Regierung behaupten auch, dass durch sogenannte „Friedensmissionen“ unsere Sicherheit verteidigt werde.

Bitte wenden.

MILITÄR IST KEINE LÖSUNG, SONDERN DAS PROBLEM.

KEIN WERBEN FÜR'S STERBEN!

**Flashmob gegen den Bundeswehr-Stand auf dem
Mannheimer Maimarkt:**

SA, 04. Mai 2013, 14 Uhr

Haltestelle „Maimarkt“ am Haupteingang

Eintrittskarten werden für TeilnehmerInnen zur Verfügung gestellt.

Wieder einmal will sich die Bundeswehr als normaler Arbeitgeber und unumstrittener Teil der Gesellschaft präsentieren sowie als Möglichkeit zur Schaffung von Frieden und Sicherheit. Dagegen wehren wir uns aus gutem Grund: Denn hier wie andernorts betreibt die Bundeswehr ein Werben für's Sterben. Junge Menschen werden für die wirtschaftlichen Interessen der Nutznießer des Kapitalismus missbraucht und sollen wahlweise im Namen von Menschenrechten oder dem „war on terror“ andere Menschen für den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten umbringen. Dem können und werden wir nicht tatenlos zusehen!

Die Bundeswehr behauptet, jungen Menschen eine Perspektive geben zu können und lockt mit Ausbildung, Führerschein und bezahltem Studium. Sie verharmlost dabei, dass mensch sich hierfür mindestens zwei Jahre zum Kriegsdienst verpflichten muss. Das bedeutet, zwei Jahre auf Befehl Mord und Totschlag zu unterstützen oder selbst zu praktizieren sowie sich in Todesgefahr zu begeben. Neben den SoldatInnen in Uniform wenden wir uns also auch gegen die vermeintlich „zivilen“ Berufsfelder, die nicht unmittelbar an Tötungen beteiligt sind, aber dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen zum Töten gegeben sind.

Bundeswehr und Regierung behaupten auch, dass durch sogenannte „Friedensmissionen“ unsere Sicherheit verteidigt werde.

Bitte wenden.

Tatsächlich aber führt der Einsatz von Gewalt zu Gegengewalt und erzeugt weiteren Terrorismus, gegen den dann wieder Kriege geführt werden müssen. Es ist der Terror „von oben“, der Terror der 1 % an Eigentümern und Großanlegern und deren Kriegseinsätze, die die Gegengewalt der von "Friedensmissionen" betroffenen Menschen hervorruft.

Die wahren Kriegsgründe werden in den Medien kaum dargestellt: So sind es nicht etwa „humanitäre“ Gründe, denen die „Interventionen“ dienen, sondern die wirtschaftlichen Interessen der großen Konzerne, für die der Zugang zu wichtigen Ressourcen unabdingbar ist. BewohnerInnen von Regionen und Staaten mit wertvollen Rohstoffen (z. B. Erdöl, Erdgas, Uran und seltene Erden) haben daher unter der Gewalt der großen Kriegsmächte zu leiden.

Erstaunlich ist auch das Argument, dass durch derartige Gewalt Demokratien gefördert werden sollen: Wenn es wirklich darum ginge, würden sich die angreifenden Staaten an der eigenen Nase packen und sich um wirkliche Demokratie in ihren eigenen Ländern bemühen. Demgegenüber wird mit diktatorischen aber wirtschaftlich kooperativen Regimen unproblematisch zusammengearbeitet. So werden etwa Angriffswaffen wie der Leopard-II-Panzer an Saudi-Arabien ausgeliefert, also an einen Staat, in dem eine absolutistische Monarchie herrscht.

Daher sagen wir:

Bundeswehr als Arbeitgeber? - Nein, Danke! Stopp aller Rüstungsexporte und Umbau der Rüstungsindustrie! Statt Geld für Rüstung und Militär zu verschwenden, müssen diese Mittel für die Ausbildung von Friedensfachkräften und den Zivilen Friedensdienst verwendet werden!

Der Arbeitskreis gegen Militarisierung (AK.Mil) besteht aus AktivistInnen von:

Anarchistische Gruppe Mannheim, Attac Heidelberg, DFG-VK Mannheim, Friedensplenum Mannheim, Grüne Jugend Worms, IPPNW Rhein-Neckar, Komitee für Räte-demokratie, Kritisches Kollektiv / iL Rhein-Neckar, Linksjugend [solid] Mannheim und Occupy Mannheim

Kontakt: ak.mil@gmx.de

<http://www.facebook.com/militarisierung>

V.i.S.d.P.: E. Mühsam, Mittelstr. 28c, 68169 Mannheim

Tatsächlich aber führt der Einsatz von Gewalt zu Gegengewalt und erzeugt weiteren Terrorismus, gegen den dann wieder Kriege geführt werden müssen. Es ist der Terror „von oben“, der Terror der 1 % an Eigentümern und Großanlegern und deren Kriegseinsätze, die die Gegengewalt der von "Friedensmissionen" betroffenen Menschen hervorruft.

Die wahren Kriegsgründe werden in den Medien kaum dargestellt: So sind es nicht etwa „humanitäre“ Gründe, denen die „Interventionen“ dienen, sondern die wirtschaftlichen Interessen der großen Konzerne, für die der Zugang zu wichtigen Ressourcen unabdingbar ist. BewohnerInnen von Regionen und Staaten mit wertvollen Rohstoffen (z. B. Erdöl, Erdgas, Uran und seltene Erden) haben daher unter der Gewalt der großen Kriegsmächte zu leiden.

Erstaunlich ist auch das Argument, dass durch derartige Gewalt Demokratien gefördert werden sollen: Wenn es wirklich darum ginge, würden sich die angreifenden Staaten an der eigenen Nase packen und sich um wirkliche Demokratie in ihren eigenen Ländern bemühen. Demgegenüber wird mit diktatorischen aber wirtschaftlich kooperativen Regimen unproblematisch zusammengearbeitet. So werden etwa Angriffswaffen wie der Leopard-II-Panzer an Saudi-Arabien ausgeliefert, also an einen Staat, in dem eine absolutistische Monarchie herrscht.

Daher sagen wir:

Bundeswehr als Arbeitgeber? - Nein, Danke! Stopp aller Rüstungsexporte und Umbau der Rüstungsindustrie! Statt Geld für Rüstung und Militär zu verschwenden, müssen diese Mittel für die Ausbildung von Friedensfachkräften und den Zivilen Friedensdienst verwendet werden!

Der Arbeitskreis gegen Militarisierung (AK.Mil) besteht aus AktivistInnen von:

Anarchistische Gruppe Mannheim, Attac Heidelberg, DFG-VK Mannheim, Friedensplenum Mannheim, Grüne Jugend Worms, IPPNW Rhein-Neckar, Komitee für Räte-demokratie, Kritisches Kollektiv / iL Rhein-Neckar, Linksjugend [solid] Mannheim und Occupy Mannheim

Kontakt: ak.mil@gmx.de

<http://www.facebook.com/militarisierung>

V.i.S.d.P.: E. Mühsam, Mittelstr. 28c, 68169 Mannheim